

Antrag

Gutes Wohnen muss bezahlbar bleiben - Rahmenbedingungen verbessern

Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

Die Vergabe von öffentlichen Grundstücken ist mit Priorität an SAGA/GWG und Genossenschaften vorzunehmen. Bei der Vergabe von öffentlichem Grund und Boden an private Investoren sind geeignete Instrumente zu entwickeln und anzuwenden, die Planungsgewinne abschöpfen und diese Maßnahmen der Stadtteilentwicklung zugutekommen lassen.

Darüber hinaus sind weitere ergänzende wohnungspolitische Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum umzusetzen:

- Anpassung der Dichtevorgaben in den Stadtteilen mit Augenmaß, d.h. Füllen von Baulücken z.B. in der Höhe, aber mit genügend Raum für Freiflächen.
- Eine kommerzielle Weitervermietung von Mietwohnungen ist zu unterbinden.
- Das Vorkaufsrecht der Stadt bei Verdacht auf Spekulation sollte konsequent ausgeübt werden.
- Es sind Anreize für Ältere zu setzen, um große Wohnungen gegen kleine Wohnungen zu tauschen. Partner dazu können vor allem SAGA/GWG und Genossenschaften sein. Die Übertragung des Modells auf private Wohnungsgesellschaften ist zu prüfen.

Begründung:

Senat und Bürgerschaft haben sich zum Ziel gesetzt, 10.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen und konnten dieses Ziel bisher gut erfüllen. Anders als in anderen Metropolen Deutschlands hat Hamburg bereits 2011 nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD massiv in den Wohnungsneubau investiert und konnte die Wohnungsbauzahlen seitdem in etwa verdreifachen. Auch der Abwuchs im Sozialwohnungsbestand konnte mittlerweile nahezu gestoppt werden.

Dennoch bedarf es zusätzlicher begleitender Maßnahmen, um weitere bezahlbare Wohnungen zu erstellen. Ergänzende Maßnahmen sind notwendig, um die bereits eingeleiteten Anstrengungen zu unterstützen und die Erstellung kostengünstigen und attraktiven Wohnraumes weiter zu steigern.

Die Einwohnerzahl Hamburgs steigt seit vielen Jahren und wird dies aller Voraussicht nach mindestens bis 2040 weiter tun. Die aktuelle Prognose des Statistikamts Nord geht davon aus, dass die Einwohnerzahl bis 2040 auf ca. 2 Mio. anwachsen wird. Das sind noch einmal ca. 150.000 Bewohnerinnen und Bewohner mehr als heute, die alle Wohnraum benötigen. Darüber hinaus hat sich die Wohnungsnachfrage gewandelt, wodurch weitere Wohnungsbedarfe entstanden sind und weiter steigen

könnten. 54,4 % der Haushalte in Hamburg sind Einpersonenhaushalte und die durchschnittlich jeder/m Hamburger/in zur Verfügung stehende Wohnfläche ist über die Jahrzehnte immer weiter angewachsen. Sie liegt mittlerweile bei ca. 40 m². Dabei gibt es sowohl Menschen, die in Szenevierteln wohnen wollen als auch andere, die nach wie vor die grüne Lage am Stadtrand bevorzugen.

Die Zielgruppen einer sozialdemokratischen und sozialen Wohnungspolitik sind insbesondere Wohnungssuchende u.a. aus dem unteren Mittelstand, Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Rentner/innen oder auch Auszubildende und Studierende. Sie alle benötigen adäquaten Wohnraum und verfügen über unterschiedlich hohe Budgets.